

Pressemitteilung 10/2016 (08.12.2016)

Berater Hitschfeld: „Bundesverfassungsgericht bestätigt Deutschlands Weg zu einer Akzeptanzgesellschaft“

Leipzig. Das Bundesverfassungsgericht hat am 6. Dezember sein Urteil zur Entschädigung der Energiekonzerne für den Atomausstieg gesprochen. Neben den energiewirtschaftlichen Gesichtspunkten enthält die Urteilsbegründung wichtige Aspekte, die auch für andere gesellschaftliche Bereiche von Bedeutung sind.

„Ich sehe im Urteil neue und folgenreiche Aspekte für die Einführung von neuen Technologien und modernen Infrastrukturen in Deutschland. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil die Spielräume des Gesetzgebers bei der Beurteilung von Technologien definiert. Es räumt dem Gesetzgeber das Recht ein, eine Technologie nicht nur auf der Grundlage von objektiv messbaren Faktoren zu beurteilen, sondern auch auf der Grundlage der „öffentlichen Akzeptanz“, hebt Uwe Hitschfeld, Geschäftsführer des Hitschfeld Büro für strategische Beratung Leipzig und ausgewiesener Experte für Akzeptanzmanagement hervor.

Die Deutung und Interpretation dieses Urteils werde die interessierte Öffentlichkeit, Juristen und natürlich die Energiewirtschaft noch einige Zeit beschäftigen. Aber auch andere Branchen täten gut daran, sich intensiv mit der Urteilsbegründung auseinanderzusetzen.

„Die Richter unterstreichen mit dem Urteil die Rolle von Akzeptanz als strategischer Erfolgsfaktor für Technologien und Projekte. Der Umgang mit einer Vielzahl von akzeptanzkritischen Projekten - von Stuttgart 21 über den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Ausbau der deutschen Stromnetze bis hin zur Olympiabewerbung - hat gezeigt: Es geht nicht allein um die technisch beste Lösung, es geht darum, eine gesellschaftlich akzeptierte Lösung zu finden. Dies lässt sich leicht auf die Einführung von Technologien übertragen, in die zurzeit große Erwartungen gesetzt werden: die Einführung von Smart Metern, das autonome Fahren, die Elektromobilität u. a. m.“ so Uwe Hitschfeld weiter. Und was geschehen könne, wenn Akzeptanzbildungsprozesse nicht von Beginn an Berücksichtigung fänden, sei bei der gescheiterten Einführung der CCS-Technologie in Deutschland in Erinnerung.

Das Bundesverfassungsgericht bestätigt aus Sicht Uwe Hitschfelds zugleich Deutschlands Weg in eine

Akzeptanzgesellschaft. Ohne Berücksichtigung von Akzeptanz und öffentlichem Vertrauen sowie verstärkte Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsfindungs- und Meinungsbildungsprozesse ließen sich in Deutschland keine Technologien und Projekte mehr durchsetzen, so die Bewertung des Leipziger Akzeptanz-Beraters.

„Jeder zweite Deutsche ist bereit für bürgerschaftliches Engagement – sei es für oder gegen Projekte“, so Uwe Hitschfeld erläuternd. Neben persönlichen Motiven – die stärkste Triebfeder für Engagement – würden sich mehr als 40 Prozent der Deutschen auch engagieren, wenn die „gesellschaftlichen Spielregeln“, wie Information, Mitbestimmung oder Transparenz, im Rahmen eines Projekts verletzt würden – auch, wenn die Befragten von dem Projekt nicht direkt betroffen wären. „Diese unsere Forschungsergebnisse* zeichnen schon länger ein ganz anderes Bild, als man es gemeinhin von unserer angeblich politikmüden, individualisierten Gesellschaft erwarten würde“, betont Uwe Hitschfeld.

Auf der anderen Seite glauben über 50 Prozent der in einer deutschlandweit repräsentativen Studie* Befragten, dass die bisherigen Aktivitäten von Vorhabenträgern, Politik und Verwaltungen im Zusammenhang mit mehr Bürgerbeteiligung, Transparenz und Akzeptanz nicht ehrlich gemeint sind.

„All das bringt das Büro Hitschfeld schon lange zu der Erkenntnis, die es in Akzeptanzbildungsprozesse für seine Kunden einbringt, das Akzeptanz, Partizipation und öffentliches Vertrauen die Basis für Projekterfolg und -umsetzung im 21. Jahrhundert sind. So setzt das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil zum Atomausstieg ein zeitgemäßes Signal, in welche Richtung sich unsere Gesellschaft bewegt“, so Uwe Hitschfeld abschließend. „Nicht nur für die Energiekonzerne setzt das Urteil ein Zeichen, es gilt für alle Wirtschaftsbereiche und die Bürgergesellschaft insgesamt.“

* Quellen: Hitschfeld-Studien, www.hitschfeld.de/ueberuns/forschung

Hitschfeld Büro für strategische Beratung mit Standorten in Leipzig, Berlin, Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen berät seit Jahren Unternehmen und die öffentliche Hand in Sachen Akzeptanz, Bürgerbeteiligung und strategischer Informationspolitik, forscht zu diesen Themen und beteiligt sich an der Umsetzung von Partizipationsprojekten.